

Werften-Insolvenz wird untersucht

Schwerin. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß des Schweriner Landtags soll die Insolvenz der P+S-Werften in Stralsund und Wolgast untersuchen. Das beschloß das Parlament am Freitag auf Antrag der Linkspartei und von Bündnis90/Die Grünen gegen die Mehrheit der Schweriner Regierungskoalition aus SPD und CDU. Der Ausschuß soll unter anderem untersuchen, auf welcher Grundlage die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns noch im Frühjahr öffentlichen Rettungsbeihilfen in Höhe von 152 Millionen Euro zustimmte, obwohl die Werften im August Insolvenz anmelden mußten. Überprüft werden soll auch, welche Rolle Aufsichtsräte und Beratungsfirmen spielten. Allein das Land Mecklenburg-Vorpommern bürgt nach Angaben des Finanzministeriums für 271 Millionen Euro an Krediten, die die P+S-Werften aufgenommen haben. Für weitere Außenstände bürgt der Bund. (AFP/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/189925.werften-insolvenz-wird-untersucht.html>